Nachdem erneut klargestellt worden war, dass lediglich TOP 3 b auf die nächste Sitzung vertagt worden war, rief die Vorsitzende TOP 3 a auf.

SkB Klaus bezweifelte die Sinnhaftigkeit einer Abstimmung über die Aufgabenübertragung einer erweiterten Prüfung der Verwaltung auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, da diese Aufgabe in dem Entwurf der Rechnungsprüfungsordnung enthalten sei. Eine Abstimmung über die Rechnungsprüfungsordnung bedeute gleichzeitig eine Abstimmung über die Aufgabenübertragung.

Abg. Steiner verdeutlichte, dass die Aufgabenübertragung ein formaler Akt sei, der der Aufnahme in das Regelwerk Rechnungsprüfungsordnung vorangehen müsse.

Frau Böker bestätigte diese Aussage und führte weiter aus, dass für die Übertragung von Prüfungsaufgaben nach der GO NRW ein Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses bzw. des Kreistages notwendig sei. Bereits in der Vergangenheit seien Aufgaben per Kreistagsbeschluss der örtlichen Rechnungsprüfung übertragen worden, ohne dass es eine Rechnungsprüfungsordnung gegeben habe. Bei der Rechnungsprüfungsordnung ginge es vielmehr um die weitere Ausgestaltung der rechtlichen Möglichkeiten aus der GO NRW mit Blick auf Rechte und Pflichten des Prüfungsamtes.

Abg. Waldästl erklärte für die SPD-Fraktion, dass für sie die beiden TOP zusammenhängen und sie sich bei einer Abstimmung über den TOP 3 a enthalten würden.

Nachdem keine weiteren Fragen und Wortmeldungen vorlagen, bat die Vorsitzende um Abstimmung.